

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitschrift oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Zinzerat Kohlsmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Danne, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greiswald G. Illies.
Kalle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Seiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Wissenswerthe Angaben für die Schiffahrt über die Anlage des Nord-Ostsee-Kanals.

Der Kanal durchzieht die Halbinsel Schles-
wig-Holstein von der Elbe über Rendsburg zur
Ostsee in einer Länge von 98,60 Kilometer. Seine
beiden Mündungen befinden sich: zur Nordsee an
der Elbe bei Brunsbüttel, zur Ostsee an der
Kieler Förde bei Holtenau nördlich von Kiel.
Jede dieser Mündungen ist für den Eingang
und Ausgang der Schiffe mit zwei nebeneinander
liegenden Schleusen versehen, welche, so lange es
die Wasserstände gestatten, für die durchgehende
Schiffahrt geöffnet bleiben. An der Ostsee stehen
diese Schleusen für gewöhnlich offen, an der Elbe
sind sie, normale Witterung vorausgesetzt, während
jeder Fluthperiode 3 bis 4 Stunden geöffnet. Die
Schiffsbewegung hat sich thätigst in der Fahr-
richtung rechts zu vollziehen, so daß immer die
eine Schleuse für die einlaufenden, die andere
Schleuse für die auslaufenden Fahrzeuge an jeder
Mündung zur Nutzung kommt, also Begegnung
in und unmittelbar vor den Schleusen vermieden
wird. Jede dieser Mündungsschleusen, die nur
bei weitestgehenden Höhenunterschieden des Junc-
tions- und Abzweigwasserstandes in Wirkung kommen, ist
25 Meter breit und hat eine Länge zwischen den
Thoren von 150 Metern. Auf den Schleusen-
schwelle ist bei niedrigstem Kanalwasserstande
noch eine Wassertiefe bei Brunsbüttel von 8,70 Me-
tern, bei Holtenau von 9,07 Metern. Zur Be-
wegung durch die Schleusen ist für die Schiffe,
so weit möglich, je ein Schleppdampfer für jede
Schleuse vorhanden. Die Schleusen an beiden
Mündungen werden in den Thoren, Schützen und
Spulen hydraulisch bewegt, um die Schiffe schnell
zu befördern. Binnenwärts der Schleusen befinden
sich Dusen, welche als Wartelände für die Schiffe
dienen, die Aufenthalt haben.

Der Kanal hat bei niedrigstem Wasserstande
8,5 Meter Tiefe bei einer Sohlenbreite von
22 Metern. Bei 6,5 Meter tiefergehenden Schiffen
ist die Breite in Kielhöhe zu 34 Metern bemessen.
Die Böschungen des Kanals sind bis zu 3 Metern
über der Sohle 1:3, von 3 bis 7 Metern über der
Sohle 1:2. In der Höhe von 7 Metern über der
Sohle liegt an jeder Seite ein 25 Meter breites
Bankett, auf welches sich der Fuß der bis auf
1 Meter über Mittelwasser (Normalpegel) hin-
aufreichenden Steinböschung aufbaut. In den
Krümmungen von 1000 Metern bis 2500 Metern
Radius ist die Sohle noch verbreitert, damit die
Schiffe sie leichter durchlaufen können.

Die Fahrt durch den Kanal unter Vorkon-
trolle, welche auch die Zollkontrolle bewirkt,
daß nicht 5,3 Knoten Geschwindigkeit überschritten,
so daß mit geringen Ausnahmen bei Schleusen
und Brücken auf eine Durchgangszeit von 13
Stunden zu rechnen ist. Dampfer können mit
eigener Kraft gehen, Segelschiffe dagegen werden
geschleppt. Die Einzelheiten des Betriebes wer-
den nach einem noch nicht ganz abgeschlossenen
Betriebsreglement geordnet. Der Gebührensatz
steht noch nicht fest.

Beide Ufer des Kanals sind in Höhe des
Wasserpiegels zum Schutz gegen Wellenschlag mit
Steinen befestigt, und es befinden sich in Ent-
fernungen von 200 Metern Steinreihen in diesem
Pflasterungen. Am Ufer entlang und in einem
Abstände von 25 Metern zu beiden Seiten der
Treppen stehen für etwaigen Bedarf Halteplätze.
Bei Kilometer 12,2, 22,6, 35, 47,35, 59,1, 70,
84 und in den Seen befinden sich Ausweich-
stellen, mit Halteplätzen an den Ufern, von 6,5
Meter Wassertiefe bei niedrigstem Wasser, in welche
die Handelsschiffe eintreten, wenn größere Kriegs-
schiffe den Kanal durchlaufen. Diese Ausweich-
stellen sind 250 Meter lang in jedes Ufer 12 Meter
tief eingeschnitten.

Der Kanal wird für den Landverkehr von
Drehbrücken und Fähren überquert. Die
Überführung der Westholsteinischen Eisenbahn
und der Kiel-Holtenauer Bahn sind als feste
Brücken angelegt und geben für die Schiffahrt
überhaupt kein Hindernis ab, da sie den Kanal
in voller Breite freilassen und die tiefe Höhe
über dem Wasserpiegel in dieser Breite 42 Meter
beträgt. Die Drehbrücken haben 50 Meter tiefe
Weite, halten also dies Kanalprofil im Wesentlichen
frei, haben oberhalb und unterhalb auf beiden
Seiten Weiterräume und Halteplätze für Schiffe,
welche nicht gleich passieren können. Die Fähren
sind einfache Fährplanken, welche den Uebergang
über den Kanal zwischen den passierenden Fahr-
zeugen zu gewinnen haben. Für die Nachschiffahrt
sind beide Ufer des Kanals durch elektrische Gült-
lichter markiert, welche in den geraden Strecken in
Entfernungen von rund 250 Metern und in den
Krümmungen etwas enger stehen. In den Seen
sind Gasbojen ausgelegt. Im Uebrigen finden sich
bei Schleusen und Brücken Lichter zur Beleuch-
tung und als Signale angebracht.

Definitiv von Rendsburg zweigt sich von dem
Nord-Ostsee-Kanal der Weg nach der Unterelbe
ab, der bei Rendsburg für die sich hier bewegende
kleinere Schiffahrt durch eine neue Schleuse von
12 Meter Breite, 65 Meter Länge führt, welche
bei niedrigstem Wasserstande 5,27 Meter Wassertiefe
auf der Schwelle hat. Schiffe, welche diesen
Weg einschlagen, können ihn jedoch nur verfolgen,
wenn sie nicht tiefer als 3,5 Meter gehen und mit
ihrer Länge den scharf gekrümmten Lauf der
Unterelbe zu passieren vermögen, weshalb sie nicht
über 40 Meter lang sein dürfen.

Deutschland.

Berlin, 30. April. Aus Anlaß seines
25jährigen Dienstjubiläums hat der Staats-
sekretär von Stephan folgendes Allerhöchste Haus-
schreiben erhalten:
„Den heutigen Tag, an welchem Sie vor
nunmehr 25 Jahren von Weimern in Gott ruhen-
den Herrn Großvater zum Generalpostdirektor
des Norddeutschen Bundes ernannt worden sind,
kann ich nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen
meine Glück- und Segenswünsche auszusprechen.
Mit großer Befriedigung können Sie auf Ihre
reich gefüllte Thätigkeit als oberster Leiter des
deutschen Postwesens zurückblicken. Ist es in
dieser Zeit doch Ihrer Thatkraft, Umsicht und
zielbewußten Arbeit gelungen, die Ihnen unter-
stellte Verwaltung des Post- und Telegraphen-
wesens zu ungeahnter Entfaltung zu bringen.
Stets erfolgreich bemüht, alle Verbesserungen im
Land- und Seeverkehr und alle Fortschritte auf
dem Gebiete der Wissenschaft und Technik folgen-

auch in den Dienst der Post und Telegraphie zu
stellen, haben Sie es verstanden, nach jeder Rich-
tung hin mustergheltige Einrichtungen zu schaffen
und Hand in Hand damit eine durch Fleiß und
Pflegetreue ausgezeichnete Beamtenstaffel heranzu-
bilden. Ihre Verdienste um die Hebung und
einheitliche Gestaltung des alle zivilisierten Völker
des Erdballs umfassenden Welt-Postverkehrs sind
in die Tafeln der Zeitgeschichte eingegraben. Ihr
Name hat nicht wenig dazu beigetragen, das An-
sehen und den Ruhm deutschen Wissens und
deutscher Arbeit weit über die Grenzen unseres
Erdballs hinaus zu verbreiten. Ihnen dies an
dem heutigen Tage auszusprechen, ist mir Ver-
pflichtung und ich thue es unter dankbarer An-
erkennung Ihrer treuen und aufopferungsvollen
Dienste, sowie in der Hoffnung, daß Ihre bewährte
Kraft und dem deutschen Vaterlande durch
Gottes Willen noch lange erhalten bleiben möge.
Kaltenbrunn, den 26. April 1895.
gez. Wilhelm I. R.

An den Staatssekretär des Reichs-Postamts
Herrn Geheimen Rath Dr. von Stephan
in Berlin.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts
Herr v. Stephan hat der national-liberalen Fraktion
des Reichstages telegraphisch seinen Dank für die
ihm zu seinem Jubiläum übermittelte Glückwünsche
abgelesen.

Das Schreiben des Oberpräsidenten an
den Statthalterordnen-Vorsteher Dr. Kangerhans,
in welchem dem letzteren 300 Mark Strafe an-
gedroht werden, hat folgenden Inhalt:

„Potsdam, den 26. April 1895. Aus den
mir vorliegenden Zeitungsberichten habe ich er-
sehen, daß die dortige Statthalterordnen-Ver-
sammlung in ihrer gestrigen Sitzung, obwohl die
auf der Tagesordnung stehende Magistratsvor-
lage wegen Einreichung einer Petition an den
Reichstag am Verwerfung der sogenannten Um-
satzvorlage zurückgezogen war und somit nicht
mehr einen Gegenstand der Beratung bilden
konnte, auf Ihren Antrag beschloß, die von
Hochwohlgeboren zur Einreichung einer dergleichen
Petition namens der Statthalterordnen-Ver-
sammlung Vollmacht zu erteilen. Dieser Be-
schluß ist, ganz abgesehen von der Frage, ob die
Verhandlung Ihres Antrages den Bestimmungen
der Geschäftsordnung entspricht, ungesetzlich,
nach § 35 der Statthalterordnung vom 30. Mai 1853
die Statthalterordnen über andere als Gemeinde-
angelegenheiten nur dann beraten dürfen, wenn
solche durch besondere Gesetze oder in einzelnen
Fällen durch Aufträge der Aufsichtsbehörde an sie
verwiesen worden sind, nach der vom königlichen
Oberverwaltungsgericht als zureichend anerkannten
Auslegung der Reichsverfassung und des Artikels
32 der preussischen Verfassung das den Gemeinden
zustehende Petitionsrecht aber auf Gemeinde-
angelegenheiten beschränkt ist, und folge durch den
Inhalt des vorerwähnten Gesetzwurfs nicht be-
rührt werden, weil ferner nach § 36 der ange-
führten Statthalterordnung die Statthalterordnen-
Versammlung ihre Beschlüsse in keinem Falle
selbst, sondern nur durch Vermittelung des
Magistrats zur Ausführung bringen darf, und
weil endlich nach §§ 40 und 41 a. d. d. die
Gegenstände der Beratung mit Ausnahme
dringender Fälle den Statthalterordnen und dem
Magistrat mindestens zwei freie Tage vorher an-
gezeigt werden müssen. Auf Grund der mir im
§ 43 des Landesverwaltungs-Gesetzes vom 30.
Juli 1883 und in § 7 des Jubiläumsgesetzes
vom 1. August 1883 übertragenen Staatsauf-
sichtsbefugnisse über die Verwaltung der Gemeinde-
angelegenheiten der Stadt Berlin habe ich deshalb
die erforderlichen Anordnungen der Beaufsichtigung
des fraglichen Beschlusses getroffen, gleichzeitig
aber Ew. Hochwohlgeboren durch die Ihnen heute
Vermittlung zugegangene telegraphische Verfügung,
deren Inhalt hierdurch ausdrücklich wiederholt
wird, die Ausführung des Beschlusses bei Ver-
meidung einer Geldstrafe von 300 Mark unter-
sagt. Sollten wider Erwarten Ew. Hochwohl-
geboren trotzdem auf Grund der Ihnen von den
Statthalterordnen erteilten Vollmacht die vorer-
wähnte Petition zur Abstimmung bringen, so würde
ich mich genötigt sehen, diese Geldstrafe gegen
Sie festzusetzen. Der Oberpräsident etc.“

Der „Export“ und die „Kreuzzeitung“
haben bei Besprechung der vor Kurzem stattge-
habten Ermordung des Reichsangehörigen Ro-
dolfo in Viroffo das Verhalten der kaiserlichen
Regierung in dem Falle des im Dezember vorigen
Jahres ermordeten Franz Neumann einer ab-
sprechenden Kritik unterzogen. Die Ausführungen
beider Blätter gipfeln in dem Vorwurfe, daß es
damals unterlassen worden sei, die Zahlung einer
entsprechenden Entschädigung von der marokka-
nischen Regierung zu erwirken und daß in Folge
dessen nicht nur die Hinterbliebenen Neumanns
der Noth ausgesetzt, sondern sämtliche in Viroffo
lebenden Deutschen gefährdet seien, da Deutschland
durch jene angebliche Unterlassungsliebe sein An-
sehen in Viroffo eingebüßt habe und die Deut-
schen dort als Europäer zweiter Klasse ange-
sehen würden. Dazu wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“
bemerkt:

„Diese Ausführungen sind völlig gegenstands-
los, da die ihnen zu Grunde liegende Voraus-
setzung nicht zutrifft. Bei den mit der marokka-
nischen Regierung über die Ermordung des Franz
Neumann geführten Verhandlungen mußte in
erster Linie Gewicht darauf gelegt werden, daß die
Greisung und Bestrafung der Mörder zuge-
sichert und auch wirklich herbeigeführt wurde.
Das ist bekanntlich in der Weise geschehen, daß
der Hauptbeteiligte zum Tode verurteilt und in
Gegenwart von deutschen Zeugen hingerichtet
wurde, während seine zwei Helfer zu lebens-
länglichem Gefängnis verurteilt worden sind.
Die weitere Frage der Zahlung einer Ent-
schädigung hat dann insoweit eine durchaus be-
riedigende Lösung gefunden, als die marokkanische
Regierung sich hat bereit finden lassen, außer der
vom Sultan persönlich gewährten Summe von
25 000 Franken die Zahlung eines weiteren Be-
trages von 50 000 Fr. zuzusichern. Die Behauptung,
daß andere Mächte in dergleichen Fällen erheblich
mehr erreicht hätten als Deutschland, entbehrt
jeder Begründung. Im Gegentheil hat die
marokkanische Regierung bisher den Standpunkt
vertraten, daß entweder die Bestrafung des Mör-
ders oder die Leistung einer Geldentschädigung be-
anspruchung werden könne, eine Praxis, der sich die
reklamierenden Mächte auch stets gefügt haben.
So hat beispielsweise die spanische Regierung im
Jahre 1889, wo die Frau eines spanischen
Militärs in Viroffo getötet worden war, von
der Geldentschädigung einer Entschädigung
völlig abgesehen, nachdem der Mörder hingerichtet

worden war. Die deutsche Regierung hat somit
nicht weniger, sondern mehr erreicht, als andere
Mächte vor ihr in Viroffo, und wir dürfen er-
warten, daß auch im Falle Rodolfo eine voll-
ständige Genugthuung erreicht werden wird.“

Die Abgeordneten Dr. Arenst und Ge-
nossen haben im Abgeordnetenhaus zu dem Antrag
des Abgeordneten von Mendel-Stetefeld den An-
trag eingebracht, die königliche Staatsregierung zu
ersuchen, dem Landtage baldmöglichst eine Vor-
lage wegen Errichtung einer staatlichen Zentral-
kreditanstalt zu machen, welcher die Aufgabe zuzu-
weisen ist, die Kreditbedürfnisse der produktiven
Gewerbe, insbesondere des kleineren Grundbesitzes
und des Handelsstandes zu möglichst billigen
Zinssätzen zu befriedigen und zu diesem Zweck auch
die von kommunalen Korporationen ins Leben ge-
rufenen Kreditanstalten, sowie die auf dem Prinzip
der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung be-
ruhenden Kreditgenossenschaften durch Gewährung
möglichst niedrig verzinslicher Darlehen zu unter-
stützen.

Wie erinnerlich, hatte Prinz Arenberg
seinen Vorschlag in der Abtheilung Berlin der
Deutschen Kolonialgesellschaft niedergelegt, nach-
dem er mit dem Zentrum gegen die Erhebung des Fürsten
Bismarck im Reichstage gestimmt hatte. Der
Vorstand der Abtheilung hat den Prinzen indes
widerwärtig. Nunmehr sind, wie die „Kreuz-
zeitung“ meldet, schon mehrere Vorstandsmitglieder
ausgetreten, und andere wollen, wie sie schreibt,
nachfolgen.

Dannover, 28. April. Eine heute hier ab-
gehaltene Landesversammlung der national-liberalen
Partei der Provinz Hannover folgte folgenden Be-
schluß betreffs der Umfuzvorlage: 1. Gegenüber
den Bestrebungen, die sich auf den Umsturz der
Grundlagen der gegenwärtigen staatlichen und ge-
sellschaftlichen Ordnung, gegen Religion, Sitte und
Kultur richten, bedarf es des festen Zusammen-
haltens des Bürgerthums und eines zielbewußten
rasstlosen Vorgehens der Regierung. 2. Die von
der Regierung eingebrachte Vorlage bot zwar trotz
mancher Bedenken, welche sich gegen die eine freie
Forschung und Kritik gebührenden Bestimmungen
erheben, in mancher Richtung eine geeignete Grund-
lage für eine ersprießliche Mitwirkung des Reich-
tages dar. Durch die Beschlüsse der Kommission,
in welcher die Herrschaftsgelasse des Zentrum
den Sieg davontrugen, hat aber der Gesetzentwurf
eine dem ursprünglichen Zwecke derartiger wider-
sprechender Gestalt erhalten, daß eine entsprechende
Zurückweisung als eine unabwendbare Pflicht der
national-liberalen Partei erscheint. 3. Die national-
liberale Partei wird nach wie vor einer auf die
Erhaltung der staatlichen und gesellschaftlichen
Ordnung gerichteten Politik der Regierung ihre
volle Unterstützung gewähren, dabei aber allen
realistischen und ultramontanen Versuchen, eine
verrückte Gesetzgebung durchzusetzen, die sich
nicht energig entgegenzusetzen. Zugleich wird
jeder dieser immer besser bewußt sein, daß Straf-
gesetze und Repressivmaßregeln nicht ausreichen,
sondern daß ein unablässiger kräftiger Gebrauch
der geistigen Waffen und ein uneingeschränkter Wir-
ken für die allgemeine Wohlfahrt die Hauptmittel
des Bürgerthums sind, um den von den Umfuz-
partei drohenden Gefahren zu begegnen und eine
gute Entwicklung der politischen und sozialen
Verhältnisse herbeizuführen.

Deffau, 29. April. Der Herzog stiftete aus
Anlaß seines heutigen Geburtstages ein Ehren-
zeichen für Arbeiter, welche 25 Jahre in einem
und demselben Dienstverhältnis gestanden. Die
Auszeichnung besteht in einer silbernen Medaille.

Fürth, 26. April. Der Magistrat hat
gestern einstimmig abgelehnt, eine vom Gemeinde-
kollegium beschlossene Resolution gegen die Um-
fuzvorlage an den Reichstag zu expedieren, und
war auf Antrag des Herrn Bürgermeisters
Jahngans, welcher dies wie folgt motivierte: Der
Gesetzentwurf ist hochpolitischer Natur und dazu
bestimmt, die bestehende Staatsordnung in ihrem
Bestande zu sichern. Die gemeinlichen Kollegien
sind nun nicht berufen, sich mit politischen An-
gelegenheiten zu befassen, und es ist dies hierorts
auch ausnahmslos befohlen worden. Es sind zwar
schon Petitionen an den Reichstag abgegeben
worden, es betreffen dieselben aber Erwerbs- und
wirtschaftliche Verhältnisse und nicht die poli-
tische. Etwas Anderes war es bei den Danne-
beträgen, in Zollfragen; hier ist die Allgemein-
heit berührt worden. Bei dem Umfuzgesetz ist
aber hierzu kein Anlaß gegeben. Das Plenum
schloß sich diesen Ausführungen an, wobei betont
wurde, daß durchaus keine Stellungnahme für die
Umfuzvorlage beabsichtigt werden solle, im Ge-
gentheil jeder einzelne Magistratsrat als Privat-
person sich gegen die Vorlage erklären würde und
dieselbe für nichts weniger als einen glücklichen
Gesetzentwurf halte.

Frankreich.

Paris, 28. April. Die öffentliche Meinung
beginnt unentbehrlich auf das Vorgehen Frank-
reichs in Marokko mit einem Unbehagen zu
blicken, das täglich wächst. Der Umsturz in der
Vertheilung eines Schrittes, der anfangs unge-
mischt Beifall fand, erklärt sich aus ver-
schiedenen Gründen. Zunächst machte die Ent-
haltung Englands stutzig. Man glaubt an den
praktischen Sinn des Nachbarn jenseit des
Mediterraneums und hat die unbestimmte Befor-
gung, daß bei einem Abenteuer, an dem Eng-
land nicht theilnehmen will, für die Unter-
nehmungsgelüste nicht viel Nutzen herauskommen
dürfte. Die russischen und deutschen Zeitungs-
stimmen steigerten dann die erwachten Bedenken
in hohem Maße. Es gilt vielen als nicht mehr
zweifelhaft, daß Marokko entschlossen ist, es zum
Schlagen kommen zu lassen, und sie fragen sich,
wie Frankreich sich zu diesem Falle stellen werde.
Auch, sagt man sich, mag guten Grund
haben, auch vor einem Kriege mit Japan nicht
zurückzusicheren. Es will im Stillen Japan
einen eisernen Hafen besitzen und seinem stützigen
Vorgebiet weitere Küstenstrecken mit entsprechen-
dem Hinterland angliedern; außerdem möchte es
gern das Aufkommen einer Macht verhindern, die
ihm in jener Weltgegend zur See und zu Lande
unbequem werden könnte. Aber wie kommt Frank-
reich dazu, für diese rein russischen Ziele Geld
und Menschen zu opfern? Durch einen Krieg mit
Japan hat Frankreich nichts zu gewinnen. Es
würde völlig zwecklos seine lebendigen Kräfte ver-
wenden. Allerdings rufen die Regierungskollegen
(z. B. gestern Abend „Paris“): „Wir müssen
jetzt zeigen, daß unsere Rassenstolz keine bloße
Redensart war. Ein Bündnis erlegt Pflichten
auf. Unsere russischen Brüder stellen jetzt unsere
Freundschaft auf die erste Probe.“ Aber diese

Beweisführung wirkt nicht überzeugend. Man
erwägt, daß unter solchen Umständen der Freunds-
chaftsbund dem doch allzu einseitig sei und bis-
her nur Russland, nicht im mindesten aber
Frankreich genützt habe. Diejenigen, die etwas
weitsichtiger sind, fügen noch hinzu, daß Russland
durch einen Krieg mit Japan unter allen Um-
ständen auf längere Jahre hinaus in Europa
weniger leistungsfähig gemacht sei, also auch ein
weniger nützlicher Bundesgenosse werde, so daß
Frankreich schon im Hinblick auf die Dienste, die
es von Russland erwarte, verpflichtet gewesen
wäre, den Verbündeten von feindseligem Vorgehen
gegen Japan zu entmuthigen, was vorausgesetzt
das Unterbleiben der Einmischung zur Folge ge-
hört und die Gefahr einer „Vergebung“ der
russischen Kraft in Marokko abgewendet hätte.
Zu diesen Bedenken kommen noch auch eine
spannende Empfindung, welche die wenigsten
Franzosen überwinden können: die tiefe Abneigung
gegen ein gemeinsames diplomatisches und am
Ende sogar kriegerisches Unternehmen mit Deutsch-
land. Der Gedanke, daß die französische Fahne
neben der deutschen in einem Gefecht wehen, daß
französische Soldaten an der Seite von deutschen
kämpfen und schlagen könnten, erregt bei ihnen
heftigen Antipathien. Alle diese Erwägungen bringen
eine Stimmung hervor, mit der die Regierung
zu rechnen haben wird. Wären die Kammern
beifällig, so hätte man das Ministerium schon
mehrfach durch Anfragen über seine asiatische
Politik zur Rechenschaft gezogen. Dies wird wohl
auch noch in drei Wochen nach Beginn der neuen
Tagung geschehen. Doch können die Gegner der
Regierungspolitik sich der Lust nicht erwehren,
daß in jenen vollzogenen Thatfachen geschaffen
werden möchten, die es Frankreich schwer machen
würden, heil aus dem Abenteuer herauszu-
kommen.

Paris, 28. April. Der Marquis von
Dreuz-Brège, ein Enkel des Hofmarschalls und
Zeremonienmeisters Ludwigs XVI., war bei Be-
scheiden des Grafen von Chambord einer seiner
freiwillig dienenden Kavaliere. Dieser treue
Diener seines Herrn winnt dem Ansehen des
letzten Bourbonen der älteren Linie ein eben
erzähltes Buch, das den Beweis anzutreten sucht,
daß die Behauptung, der Graf von Chambord
habe nicht regieren wollen, falsch sei. Zu der
Verfallener Nationalversammlung hatten die Königs-
treuen die Mehrheit. Nach dem Sturze Thiers
riefen sie ihren König Heinrich V. zurück, um ihn
auf den Thron seiner Väter zu setzen. Er kam
auch nach Versailles, unterhandelte mit den Füh-
rern seiner Partei, konnte sich aber nicht ent-
schließen, die weiße Fahne aufzugeben. Er brach
die Verhandlungen ab, als, trotz nach Deisterreich
zurück und veröffentlichte einen Brief an Herrn
Ghesnelong, worin er schroff erklärte, er könne die
dreifarbige Fahne der Umwälzung nicht anerkennen
und müsse deshalb warten, bis das französische
Volk ihn unter Bedingungen zurückrufe, die seine
königliche Würde und seine Errechte völlig unge-
schmälert lassen würden. Die schwer gekränkten
und hart enttäuschten Anhänger des Grafen von
Chambord gaben damals seiner Haltung die Deutung,
er habe sich an den Vorwand der weißen Fahne ge-
klammert, um der Pflicht des Herrschens zu entgehen;
er habe die Krone als eine zu drückende Last em-
pfunden und sein behagliches Leben eines ange-
blichen Königs und würdigen Landbesitzers ohne
Sorgen und Verantwortlichkeiten nicht aufgeben
wollen. Dem widerspricht nun Herr v. Dreuz-
Brège entschieden. Nach ihm hätte Heinrich V.
durchaus die Absicht gehabt, die Regierung anzu-
treten. Er führt zum Beweise einige Thatfachen
an. Der Graf v. Chambord ließ sich für seinen
Einzug in Paris eine Generals-Uniform und
einen Stern zum Großkreuz der Ehrenlegion an-
fertigen, in dem der damals noch vorchristliche
Kaiser der durch eine Kiste ersetzt war. (Das
auch ein vergoldeter Brunnengießer bestellte und ein
Gepann von sechs Schimmel angekauft wurde,
ist schon von früher her bekannt.) Diese Gegenstände
befanden sich noch heute im Besitz der Erben des
Grafen v. Chambord. Auf seinen Befehl arbeiteten
die Fahrer seiner Partei überdies ein Verzeichnis
der durch seine Thronbesteigung nötig werdenden
gesetzlichen Maßregeln und eine Liste sofort zu er-
nennender Präfecten, Unterpräfekten und Richter
aus. Eine Abschrift beider Zusammenstellungen
besitzt Herr v. Dreuz-Brège. Die Fragenfrage
war kein Vorwand. Sie hatte für den König die
Bedeutung eines ersten und vornehmsten Grund-
satzes. Er sah in der weißen Fahne das Sinn-
bild eines Reiches und glaubte dieses aufzugeben,
wenn er jener entginge. Falls Herr von
Dreuz-Brège recht hat, so bringt er nur einen
neuen Beweis für die politische Unfähigkeit seines
verstorbenen Herrn bei. Ein Thronfolger, dem
die Farbe der Landesfahne der wichtigste Punkt
eines so ungeheuren Unternehmens schien, wie es
die Wiederaufrichtung des seit 43 Jahren in
Trümmern liegenden rechtswidrigen fran-
zösischen Königthums war, hatte offenbar
nicht die Eigenschaften, die unentbehrlich waren,
damit das Abenteuer, wäre es auch nur für
eine Zeit, gelänge. Das Buch des Marquis
von Dreuz-Brège enthält noch eine andere, aber
verführerische Entstellung. Papst Leo XIII. suchte
den Grafen von Chambord schon 1879 zu einem
sörmlichen Verzicht auf seine Ansprüche und
zur Anerkennung der Republik zu bewegen.
Das war in der That eine starke Zumuthung,
und man begreift, daß der Graf von Chambord
trotz seiner Frommigkeit sie schroff zurückwies.
Es wäre auch ein zu merkwürdiges Schauspiel
gewesen, wenn Heinrich V. von Bourbon als
erster „Bekehrter“ sein Haupt vor der Republik
erniedrigt hätte.

Paris, 29. April. Heute Nachmittag fand
die Eröffnung des Salons der Champs Elysees
durch den Präsidenten der Republik statt.

Italien.

Rom, 29. April. König Humbert unterzog
im Schloßhof eine neuformirte Kompanie
einer eingehenden Prüfung. Gegenüber dem
Kompanieführer Hauptmann Fochetti sowie den
übrigen anwesenden Offizieren äußerte sich der
König außerordentlich befriedigt, namentlich be-
züglich des neuen leichten Tornierfells und der
Patronenfahnen, die sich ohne jede Beugung des
Unterleibes frei und leicht im Gürtelharnier be-
wegen und nahezu doppelt so viele Patronen als
die früheren fassen. Auch die Kopfbedeckung gefiel
dem Monarchen ausnehmend. Die Uniformirung
und Ausrüstung der Armees nach obigem
Modell kann demnach als sicher gelten. Ueber
des Ausrüstungsmodells ist Hauptmann Grassi.
Rom, 29. April. Der Unterstaatssekretär

von Rottenhan wurde heute von dem Papst
empfangen.

Türkei.

Konstantinopel, 25. April. Zu verschiede-
nen Blättern ist zu lesen, daß die Enthebung des
bisherigen Generalgouverneurs des Vilajets Mo-
nastir, Fais Pascha, dessen eigenthümliche Aus-
führung an dieser Stelle wiederholt gekennzeichnet
wurde, auf die Berichte hin erfolgte, welche die
unter der Leitung des Divisionsgenerals Dassaun
Gib Pascha nach Monastir entsandte Unter-
suchungskommission über ihn nach Konstantinopel
erhielt. Diese Nachricht entspricht nicht der
Wahrheit. Der genannte Pascha würde noch heute
ruhig auf seinem Posten sitzen und schalten und
walten wie früher, wenn auch vielleicht etwas vor-
sichtiger, hätte sich nicht ein kleiner Zwischenfall
ereignet, der am Vespertisch unangenehm berührt
und die Bezeugung des Postens durch einen Mi-
litar veranlaßte. Es ist das Ausfallen des be-
rühmten bulgarischen Banden, das Fais Pascha
von seiner einträglichen Stellung wegbachte und nicht
die Berichtserstattung der Untersuchungskommission.
Diese machte der mächtige Freund und Gönner
Fais Paschas, der mit dem Titel eines Oberkom-
mandanten von Rumelien besetzte alte Marschall
Derwisch Pascha, zu nichts. Aus der Untersuchung
der Kommission ist eine Episode nicht uninter-
essant. Als diese nach Kresovo kam, aus welchem
Orte die meisten Beschuldigungen gegen Fais
Pascha vorlagen, da dieser Ort in dem Gebiete
des berühmten Räuberhauptmanns Sefer liegt,
der als Kompanion Fais Paschas gilt, wurden alle
Häuser der Gegend (öffentliche Gebäude) gesperrt,
damit die Bevölkerung bei diesen keine Beschwerde-
schriften lassen konnte, um sie der Kommission
vorzulegen. Natürlich geschah dies auf Befehl
Fais Paschas durch seine willfährigen Organe.

Asien.

Tokio, 29. April. Die Nachricht, daß die
Gefandten Russlands und Deutschlands sich nach
Kio zu dem Zwecke einer Unterredung mit Graf
Ito und dem japanischen Minister des Aeußeren
begeben hätten, und daß der französische Gesandte
ihnen gefolgt sei, ist unbegründet. Die Gefandten
verbleiben in Tokio. Japan hat die Kollektorate
der drei Großmächte noch nicht beantwortet. Die
japanischen Minister betrachten die Situation nicht
als besonders gefährdet und glauben, daß
weder Repressalien, noch tatsächliche Einmischung
einer oder mehrerer Großmächte zu befürchten
sind. Ein Mitglied des japanischen Kabinetts
äußerte sich dem Vertreter der „Central News“
gegenüber, wie folgt: „Wir Japaner trachten
naturgemäß danach, das von unsrer tapferen
Truppen erungene Gebiet zu behaupten. Jede
legitime Forderung Russlands wird Berücksichtigung
finden. Die japanische Regierung ist außer
Stande, zu bezeichnen, daß französische und deutsche
Interessen durch den Friedensvertrag präjudizirt
werden können. Der Besitz Formosas bedeutet
eine Bedrohung Tonkims, wohl aber könnte er
eine Gefahr für Hongkong in sich schließen. Und
doch hat sich England bereit erklärt, die Friedens-
bedingungen zu acceptiren. Frankreich möchte
gegen Abtretung irgend welcher chinesischen Ge-
bietstheile protestiren, doch wäre es ungerecht, daß
Japan für 1870 leiden sollte.“

Amerika.

Newyork, 29. April. Nach einem Tele-
gramm aus Havana wurden die Aufständischen
unter Maceo bei Barra Hueco von den Spaniern
geschlagen und die Aufständischen erlitten schwere
Verluste. Eine andere Abtheilung unter Garzon
wurde ebenfalls geschlagen und hatte große Ver-
luste an Gefangenen und Gefangenen.

Colon, 29. April. Die besessenen und
Handel treibenden Klassen wünschen sehr, daß
der Streit mit England beigelegt werde; doch
besteht die Regierung von Nicaragua fest auf
ihrem Standpunkte. Eine Bewegung für die
Abhebung des Präsidenten Yelaya ist ins Leben
gerufen worden. Ueberwältigende Entwicklungen
werden als bevorstehend angenommen. Der
Gouverneur der Moskitüste ist abberufen, weil
er jedoch, sein Amt aufzugeben. Der neuernannte
Gouverneur geht heute mit einer Truppenmacht
von Managua nach der Moskitüste ab, um den
bisherigen Gouverneur zum Verlassen seines
Postens zu zwingen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. April. Zur Feier des 25jäh-
rigen Dienstjubiläums des Staatssekretärs von
Stephan als oberster Leiter der Post findet
morgen Abend im großen Saale des Konzert-
hauses ein Fest der Beamten des ganzen
Deutschen Post-Direktions-Bereichs Stettin statt.
Für die gegenwärtig tagende Schwur-
gerichtsperiode ist nachträglich noch eine
Strafstraße zur Verhandlung angelegt worden und
zwar am Donnerstag, den 2. Mai, gegen die un-
verehelichte Eigenthümerin Bertha Fickermann
aus Pritzer wegen Kindesmordes.

Im kleinen Konzerthaus fand heute
die ordentliche Generalversammlung der Altien-
gesellschaft „Stettiner Konzert- und
Vereins-Verein“ statt. Der Vorsitzende, Herr
Gey. Kommerzienrath Wilh. Schlutow, legte
den Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1894 vor.
In demselben wird der Erfolg des bisherigen
Vachthaltens und der Gewinnung eines neuen
Pächters unter den früheren Kontraktbedingungen
erwähnt. Von dem Ueberflusse des
Jahres 1894, welcher 3076,64 Mark beträgt,
sollen 2700 Mark zu Abspreibungen verwendet
und 200 Mark dem Reservefonds zugewiesen, die
restlichen 176,64 Mark aber auf neue Rechnung
vorgelegt werden. Die Versammlung nahm
den Bericht Kenntnis und ebenso von der
für ultimo Dezember 1894 aufgestellten Bilanz,
welche in Aktiven und Passiven mit 802 946,64
Mark abschließt. Dem Vorstände und
Aufsichtsrath wurde sodann die nach Ablauf
der Rechnungsperiode 1894 aufgestellten Bilanz,
welche in Aktiven und Passiven mit 802 946,64
Mark abschließt. Dem Vorstände und
Aufsichtsrath wurde sodann die nach Ablauf

per April 30, 75, per Mai 31, 00, per Mai-August 31, 50, per September-December 32, 25. —
Wetter: Gewölkt.

Paris, 29. April, Nachmittags. Ro d e Zucker (Schlussbericht) fest, 88%, loco 25, 75 bis 26, 00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per April 27, 00, per Mai 27, 12 1/2, per Mai-August 27, 37 1/2, per Oktober-Januar 28, 12 1/2.

Gabre, 29. April, Vorm. 10 Uhr 30 Min. Telegramm des Hamburger Ferna Weimann, Biegler & Co.) Kaffee good average Santos per Mai 92, 00, per September 92, 50, per December 91, 25. Gehauptet.

London, 29. April. An der Küste 4
Reisenlabungen angeboten. — Wetter: Schön.
London, 29. April. 96proz. Javaender
100 11,50, festig. Rübenroderuder 100
2,37, fest, thätig. Centrifugal-Cuba —.
London, 29. April. Chili-Rupier
40¹³/₁₆ pro drei Monat 40,25.
London, 29. April. Nachmittags 4 Uhr
20 Min. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)
Sämmtliche Getreidearten fest, gegen Anfang un-
verändert.
London, 29. April. Rupier, Chili good
ordinary brands 40 Sfr. 18 Sh. — d. Zinn
(Strait) 64 Sfr. 2 Sh. 6 d. Zinn
14 Sfr. — Sh. — d. Blei 10 Sfr. — Sh.
— d. Kobaltstein. Witz numbers warrants
43 Sh. 1 d.
Glasgow, 29. April. Nachm. Kobaltstein.
(Schlußbericht.) Witz numbers warrants 43
Sh. 1¹/₂ d.
Glasgow, 29. April. Die Verschiffungen
betragen in der vorigen Woche 5477 Tons

gegen 6935 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Newyork, 29. April. Bestand an Weizen 65 775 000 Bushels, do. an Mais 11 107 000 Bushels.

Newyork, 29. April. (Anfangs-Kours.) Weizen per Sack 67,37. Mais per Sack 53,37.

Newyork, 29. April, Abends 6 Uhr.

Baumwolle in Newyork . . .	29.	27.
do. in Neworleans . . .	6 ¹⁵ / ₁₆	6 ¹⁵ / ₁₆
Petroleum Nohes . . .	6,25	6,25
Standard white in Newyork . .	nom.	nom.
do. in Philadelphia . . .	9,50	9,50
Pipe line certificates . . .	9,45	9,45
Schmaltz Western Steam . . .	205,00	207,00
do. Versicherung per April . .	7,05	7,05
Zucker Fair refining Mosco- vados	7,05	7,05
Weizen behauptet.	2 ¹¹ / ₁₆	2 ¹¹ / ₁₆
Rother Winter's Ino . . .	70 12	69 87

per April	68,75	67,62
per Mai	68,75	68,00
per Juni	71,62	70,75
per Dezember	16,00	16,00
Raffee Rio Nr. 7 loco	14,00	14,05
per Mai	14,75	14,40
per Juni	2,80	2,80

Mais stetig, per Mai	53,25	53,87
per Juli	53,75	53,87
per September	54,25	54,37
Kupfer: höchster Preis	9,80	9,80
Getreibefracht nach Liverpool	2,00	2,00
Chicago, 29. April.		
	29.	27.
Weizen bek., per Mai	63,75	63,00
do. per Juli	64,87	64,12
Mais stetig, per Mai	47,75	48,12
Portl per April	12,17 ¹ / ₂	12,22 ¹ / ₂
Sned short clear	20 1/2	20 1/2

Wollberichte.
Bradford, 29. April. Wolle anziehend, englische Großwolle ruhig aber stetig, Merinowolle stramm, Mohairwolle theurer. Garne thätiger, für Stoffe guter Begehr.

Wasserstand.
Stettin, 30. April Im Meter 18 Fuß 0 Zoll = 5,65 Meter.

Telegraphische Depeschen.
Wien, 30. April. Die Arbeiterzeitung meldet, daß anlässlich der morgigen Kaiserin in Wien und Pest keine Abendblätter erscheinen, ebenso am 2. Mai keine Frühblätter.
Währische-Schau, 30. April. Die soziali-

Die Arbeitervereine haben in allen Bergbau- und Eisenbetrieben ihrer Bezirke beschlossen, den 1. Mai zu feiern. Die Polizei verbietet die Abhaltung einer großen Arbeiterversammlung unter freiem Himmel, es wurden nur vier Versammlungen in Vokalen und zwei Gartenfeste gestattet. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe werden Militär und Gendarmen verpackt.

Brüssel, 30. April. Gestern Abend fand hier im Saale Union ein großes Volksmeeting statt. Dhams entwickelte sein christlich-demokratisches Programm.

Charlevoix, 30. April. Gestern ging von

Rom, 30. April. Die konserverative Presse scheint sehr erregt darüber, daß die Sozialisten 130 Wahlkreise gefunden haben, in welchen sie Kandidaten aufstellen. Auch der Umstand, daß unter den sozialistischen Kandidaten Männer von hohen Geistesgaben sich befinden, wird als sehr bedeutsam angesehen. Die Konservativen werden in ihren Parteiorganen aufgefordert, Alles anzunehmen, um die Gemüther zu beruhigen.

London, 30. April. Im Unterhause erklärte gestern die Regierung, daß das Auslieferungsgesetz selbstständig werden müsse, um den Prozeß gegen Cornelius Herz beginnen zu können. Ein Gesetz in diesem Sinne wird im Unterhause eingebracht werden.

Weteraburg, 30. April. Fast alle wettischen

Schweizer, 28. April. „Dass die russischen Journale sind der Ansicht, daß Japan die Forderungen Rußlands, eine Abänderung des Friedensvertrages nicht erfüllen werde, so daß es zu einem russisch-japanischen Kriege kommen müsse. Eine der Journale, wie „Nowosti“ wüßten gegen die Fichte, welche sich dem Protest nicht anschließen. „Nowosti“ sagt: „Der Daß Oesterreich-Ungarns und Italiens gegen Rußland sei so toß, daß sie Japan offen unterstützen. Sie seien schlimmer als die gewinnstüchtigen Engländer. Aber weder England, Oesterreich-Ungarn noch Italien dürfen vergessen, daß sie verdammt seien; England in Indien, Oesterreich-Ungarn in Bosnien, Italien in Afrika.“

Belgrad 30. April. Erzkönig Milan tritt eine Auslandsreise am 8. Mai an. Als Nachfolger des russischen Gesandten Persiant wird der Botschaftsrath Siers genannt.

Simla, 30. April. Eingeborne Truppen nahmen den Urheber der Tschital-Verschwörung gefangen.